

# KOMMUNALWAHL 26. SEPTEMBER 2004: Korrumpierte Politiker abwählen!

**Die Kölner Staatsanwaltschaft hat entschieden, mehrere Dutzend Strafverfahren gegen mutmaßlich korrupte Kommunalpolitiker bis zur Kommunalwahl am 26. September unbearbeitet liegen zu lassen.** Der Wahlkampf soll nicht gestört werden, heißt es zur Begründung. Wenn aber Otto Normalverbraucher beim Falschparken erwischt wird, treibt das städtische Ordnungsamt die Geldbuße unbarmherzig und zeitnah ein. Vor dem Gesetz sind bekanntlich alle Menschen gleich – nur einige sind offensichtlich etwas gleicher.

Dreh- und Angelpunkt vieler Strafverfahren gegen Kölner Kommunalpolitiker ist der Fall Trienekens. Der CDU-Mann Trienekens, Müll-Multi aus Viersen, pflegte über Jahre die kommunalpolitische Landschaft in Köln. Im Oberbürgermeister-Wahlkampf 1999 bedachte Trienekens den SPD-Kandidaten Heugel auf Bitten des damaligen SPD-Fraktionschefs Rüther mit einer großzügigen Wahlkampfhilfe von rund 70.000 DM und begründete dies mit seinem Faible für Heugel. Abhängigkeiten schaffte Müll Mogul Trienekens zuhauf. Leitende Mitarbeiter der städtischen Müllofenfirma AVG und Ratspolitiker hievte der Konzernchef in die Beiräte von Trienekens-Firmen. Immerhin bringt so ein Mandat bis zu 8.000 € jährlich ein – ohne allzu anstrengende Gegenleistung. Klaus Heugel soll Trienekens gleich mehrfach darum gebeten haben, seinem Intimus Rüther neue Einnahmequellen zu verschaffen. Tatsächlich avancierte Rüther sodann zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Trienekens-Firma B & R mit einem Jahreshonorar von 16.000 DM. Daneben versuchte Trienekens, Rüther lukrative Beraterverträge zu vermitteln. Hierbei wurde Rüther, der bislang umweltpolitisch überhaupt nicht in Erscheinung getreten war, mal eben zu einem umweltpolitischen Experten umfunktioniert.

Das Herz des Müll-Königs schlug beileibe nicht nur für die SPD. Die Kanzlei des ehemaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Bietmann bedenkt Trienekens seit 1999 mit Honorarverträgen in einer jährlichen Größenordnung von rund 100.000 €. Der Vertrag läuft noch bis ins Jahr 2005 und ist nicht kündbar. Ein anderer Fall ist der des CDU-Hinterbänklers Heinz Ludwig Schmitz aus Lindenthal. Im Rat ist er nie aufgefallen. Vor geraumer Zeit mußte er sein Ratsmandat zurückgeben, nachdem die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen ihn aufgenommen hatte. Schmitz selber ist weder ein Umweltpolitiker, noch ist er sonst besonders auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft hervorgetreten. Er verfügte jedoch offenbar über für Trienekens wichtige Kontakte. So kam es, wie es kommen mußte: Der CDU-Politiker Schmitz schrieb einige schriftliche Ausarbeitungen. Diese Ausarbeitungen wurden sodann als Gutachten bezeichnet. Hierfür erhielt der CDU-Ehrenmann ein Entgelt von 370.000 €. Trotz angeblicher „Erneuerung“ der CDU wurde Heinz Ludwig Schmitz erst vor wenigen Monaten mit überwältigender Mehrheit zum stellvertretenden Ortsvorsitzenden der CDU in Lindenthal gewählt.

Auf der Lohnliste von Trienekens stand auch das ehemalige CDU-Ratsmitglied Egbert Bischoff. Im Jahre 2002 sollte Bischoff noch für die CDU in den Bundestag einziehen. Er

war zunächst ein Gegner der geplanten Müllverbrennungsanlage in Köln. Urplötzlich änderte er aber seine Meinung, nachdem der vormalige Grundschullehrer zum Geschäftsführer einer Trienekens-GmbH mit einem Jahresgehalt von mehr als 130.000 € aufgestiegen war. Wie Bischoff zu dem Posten in der Führungsetage von Trienekens kam, darüber läßt sich der ehemalige AVG-Geschäftsführer Eisermann bei der Staatsanwaltschaft wie folgt aus: „Man mußte halt auch einen CDU-Mann versorgen. Entscheidungen im Unternehmen durfte Bischoff aber niemals alleine treffen.“

Auch die FDP fehlt natürlich nicht. Deren Fraktionschef Ralph Sterk ist Kunde bei Trienekens. Sein Kurierdienst „Kölner Flitzer“ lebte über Jahre hinweg auch von den Aufträgen der Firma Trienekens.

Die Gegenleistung der Politiker kommt uns alle teuer zu stehen: Köln erhielt eine viel zu große und viel zu teure Müllverbrennungsanlage. Insoweit flossen Bestechungsgelder in Höhe von 11 Millionen Euro an die politische Klasse in Köln. Die Zeche muß der Kölner Bürger zahlen, der mit den höchsten Müllgebühren in NRW traktiert wird.

Die angesprochenen Fälle sind exemplarisch für die gesamte Kölner Kommunalpolitik. Manch' abgehalfterter Altparteien-Politiker von CDU und SPD mag nach alledem schon gar nicht mehr unter seinem alten Parteikürzel zur Kommunalwahl kandidieren und tritt deshalb für ein „Kölner Bürger Bündnis“ an, das den Wählern Sand in die Augen streuen will: Mitbegründerin dieser Gruppe und deren Rats-Kandidatin auf Listenplatz 2 ist ausgerechnet Anita Cromme, eine ehemalige SPD-Ratsfrau, gegen die im Zusammenhang mit der SPD-Parteispenden-Affäre strafrechtlich ermittelt wird.

Die Bürgerbewegung pro Köln tritt als Alternative zu allen Altparteien und deren Tarn-Listen an. Als wert-konservative Vereinigung parteiunabhängiger Kölner Bürger wollen wir versuchen, den Argusstall der hiesigen Kommunalpolitik auszumisten. Und wenn uns das wohl auch nicht vollständig gelingen wird, so werden wir doch den alten politischen Kräften die Zähne zeigen und sie mit der Meinung der Bürger konfrontieren, die mehrheitlich vom Politiklüngel die Nase voll haben.

## **Keine Fünf-Prozent-Hürde!**

Bei der Kommunalwahl am 26. September gilt keine Fünf-Prozent-Hürde. Pro Köln wird also auf jeden Fall in den Stadtrat einziehen. Und wir haben jetzt schon ein Unterstützer-Potential von erheblich mehr als fünf Prozent. Von Ihrer Stimme hängt es ab, wie stark pro Köln im neuen Rat vertreten sein wird!

**Vor allem wollen wir Ihnen eine Gelegenheit geben, Kölns korrupte Kommunalpolitiker abzuwählen. Denn wer gar nicht mehr wählen geht, stärkt die Klüngel-Riege und die wirklichkeitsfremden „Grünen“. Wer dagegen sein Kreuz bei pro Köln macht, leistet einen Beitrag zur politischen Erneuerung unserer Heimatstadt!**

[www.pro-koeln-online.de](http://www.pro-koeln-online.de)